

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer



56. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 11. April 1918

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 42

## Aus dem Inhalte dieser Nummer:

**Papiernot und Papierverteilung:** XVIII. Beibehaltung der bisherigen Verbrauchsbeschränkung. XIX. Weitere Preiserhöhung für Zeitungspapier. XX. Zur Frage der staatlichen Zuschüsse und der zwangsweisen Erhöhung der Zeitungsbetagspreise.  
**Zur außerordentlichen Generalversammlung:** Neuorientierung der Orts- und der Reiseunterstützung.  
**Das Buchgewerbe im Ausland:** Österreich, — Ungarn, — Schweiz, — Dänemark, — Serbien, — Amerika.  
**Wohlfahrtsarbeit:** Ausschöpfung und Neuorientierung der Industrie.  
**Korrespondenzen:** Osnabrück, — Königsberg.  
**Kurzschau:** Wichtige Tagung des Verbandes vor 50 Jahren. — Von Buchdruckern im Kriege. — Nachahmenswertes Beispiel. — Gehilfenprüfungen. — Einkaufsgesellschaft deutscher Verleger. — Der Geschäftsengang im Papier- und im graphischen Gewerbe. — Die Arbeitslosenfrage des graphischen Gewerbes im Februar 1918. — Der Arbeitsmarkt im Februar. — Die Arbeitslosigkeit in den deutschen Buchveränden. — Die erste Reichstagung kaufmännischer Angehöriger Deutschlands. — Entlassung des 1899er Jahrganges aus dem Heere. — 10 Milliarden Mark Familienunterstützung. — Familienunterstützung von Arbeitsbesitzern als Wohlfahrtsmaßnahme. — Bericht der Hauptverwaltung vom Monat Februar 1918.

## Papiernot und Papierverteilung

### XVIII. Beibehaltung der bisherigen Verbrauchsbeschränkung.

Durch Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 28. März sind für das zweite Vierteljahr 1918 die bestehenden Konfigurationsbeschränkungen verlängert worden. In der Fachpresse ist darüber die umfangreiche amtliche Bekanntmachung erschienen. Wir waren 110 Seiten, wenn wir kurz zusammenfassen wollen, nicht imstande, diese Beschränkungen vollständig zu kennen lassen, das nämlich das Glend äußerster Einschränkung sowohl für die Tageszeitungen wie für die Fachpresse, sonstige periodische Druckschriften, den Buchdruck usw. fortbauert.

### XIX. Weitere Preiserhöhung für Zeitungspapier.

In Nr. 30 erwähnten wir die Aherung eines Reglerungsverreters vor dem neuen Reichstagsunterausschusse für Papierfragen, daß für eine längere Dauer Höchstpreise des Zeitungspapiers festgelegt wären. Anher daran geknüpfter Zweifel hat sich als berechtigt erwiesen, denn mit dem 1. April ist für die Zeit bis Ende September laut Bekanntmachung der Reichsstelle für Druckpapier vom 27. März eine weitere Preiserhöhung eingetretet. 100 kg Rollenpapier kosten nunmehr 32,75 Mk. (bis jetzt 27,75 Mk.), Formapapier 36,75 Mk. (31,75 Mk.). Die Verteuerung der Frachtsätze im Güterverkehr ab 1. April 1918 ist jedoch hier mit einbegriffen. Wenn es in der Bekanntmachung heißt, bei Verkäufen ab Fabrik ist dieser Zuschlag vom Käufer zu tragen, so erweckt das den Anschein, als ob in diesem Fall eine Rückvergütung des Frachtsatzes stattfinden würde.

Wenn jedoch für die Verleger von Tageszeitungen die von ihnen zum Teil befürchtete (siehe Nr. 30) nochmalige Verteuerung Taffache geworden ist, wird für die übrigen Verbraucher von Rotationspapier, die einen erheblich höheren Preis bezahlen müssen, das noch in weitergehendem Maße der Fall sein. Auch im allgemeinen kann mit einer stärkeren Verteuerung gerechnet werden, denn für die Tageszeitungen bestehen durch die amtliche Preisregulierung immerhin Vergünstigungen. Dabei verleiht sich die Qualität des Papiers fortgesetzt, wie auch am „Korr.“ ersichtlich ist.

### XX. Zur Frage der staatlichen Zuschüsse und der zwangsweisen Erhöhung der Zeitungsbetagspreise.

„Der geplante Lastenausgleich“ war in Nr. 30 der Abschnitt XVI unter dieser Rubrik überschrieben. Die vom Reich und den meisten Bundesstaaten an die Verleger von Tageszeitungen gewährten Rückvergütungen als einen kleinen Ausgleich für die eingetretene Verteuerung des Papiers, die vom 1. November 1917 an von Seiten des Reiches stiftet sind, sollten ursprünglich ab 1. April ganz in Fortfall kommen, dafür wollte die Reichsregierung aber einen Zwang zur (abgestuften) Abonnementserhöhung

in Kraft treten lassen; die Bezahler sollten also den Lastenausgleich allein tragen. Wir berichteten in jener Nummer von einer allgemeinen Opposition gegen diese Absicht, wenn auch letzten Endes ein Nachgeben der Zeitungsverlegerorganisationen erkennbar wurde. Die Angelegenheit ist noch in der Schwebe; es wird weiter darüber verhandelt. Der Verein Deutscher Zeitungsverleger hat sich Mitte März nochmals dahin ausgesprochen, daß an einen Abbau der staatlichen Zuschüsse so lange nicht gedacht werden kann, als die Papierpreise sich in aufsteigender Linie bewegen. Die Frage der zwangsweisen Erhöhung der Betagspreise könne erst mit dem Eintritten der genannten Zuschüsse aktuell werden. Vom Reich liegen Erklärungen über die weiteren Absichten nicht vor. Wir berufen uns auf das in Nr. 30 hierzu deutlich ausgesprochene und meinen, wenn in der nächsten Woche der Reichstag sich mit den unumgänglichen Verteuerungen der Seereslieferungen in Fortsetzung beschäftigen wird, daß dann auch mit den Papierdramen Fraktur geredet werden müßte. Vielleicht erübrigt sich dann der absonderliche Lastenausgleich.

Eine andre Seite der staatlichen Zuschüsse schnitt kürzlich das führende Organ der Alldeutschen und Vaterlandsparteier, die angesehenen, aber sehr papierbedürftige „Deutsche Zeitung“, an:

Als letzterzeit die Papierpreise in die Höhe schnellten, bewilligte der Staat den Verlegern einen Zuschuß aus der Erkenntnis heraus, daß die Presse ein wichtiges Kriegsmittel ist. Unbedeutend schlecht beraten, dachte der Staat diesen Zuschuß auch auf die Preise für das Zeitungspapier aus, auf dem die Anzeigen gedruckt werden, das also rein geschäftlichen Zwecken dient und den Anzeigemagnaten auch ohne Staatszuschuß reichlichen Gewinn bringt. Millionen wurden auf diese Weise ausgegeben, die wichtigeren Zwecken dienen konnten.

Man kann dem genannten Berliner Blatte darin nicht unrecht geben. Sehr wird der Staatszuschuß auf den ganzen Zeitungsumfang ausgedehnt, auch für die Papierverteilung kommt das Blatt als Ganzes in Betracht. Die Reichsregierung bemittelt aber wohl wie andre Leute die Bedeutung der Presse nach dem textlichen Inhalte, dort werden die öffentlichen und nationalen Interessen vertreten. Wenn nun die ebenfalls alldeutschen „Leipziger Neuesten Nachrichten“ für ihre Offernummer fast 38 Seiten Anzeigen aufweisen, einen Textteil aber von geradezu kümmerlichem Umfang, so wird der Mißstand ganz augenfällig. Das Reich gewährt auf diese Weise tatsächlich für ein Bombeninferatengeschäft noch eine Beihilfe zu den Papierkosten. Es müßte da wohl ein anderer Weg gefunden werden. Die „Deutsche Zeitung“ würde es natürlich ebenso machen wie ihre Genossinnen an der Pleiße und andre Inseratenplantagen, wenn für die Anzeigen so zuzulegen wären. Die richtige Konsequenz zu ziehen, muß eben nicht den Interessenten, sondern der Allgemeinheit überlassen sein.

## Zur außerordentlichen Generalversammlung

**Neuorientierung der Orts- und der Reiseunterstützung.**  
 In allen Berufen spielt zur Zeit die Frage der Übergangswirtschaft eine große Rolle, der Rohstoffmangel dabei im besondern.

Unter diesen Umständen kann es an etwas bei uns gedacht werden, und das ist: die Unterstützungsrichtungen bei Arbeitslosigkeit am Ort und auf der Reise müssen revidiert werden! Bei der geringen Kaufkraft des Geldes, was nicht so schnell nach dem Kriege wieder gegeben wird, ist es unmöglich, bei Arbeitslosigkeit auch nur einigermaßen mit den jetzigen Unterstützungsätzen auszukommen. Für die, die am Ort eingebürgert sind, wird die Stimmung mit Hilfe von Reichsmitteln auch einbringen müssen. Was aber geschieht mit denen, für die die Randstraße als Zufluchtsstätte bleibt? Wer kennt nicht als alter Kunde die Schwierigkeiten schon in Friedenszeiten, denen man ausgesetzt ist, und nur gar jetzt, in der Zeit

klimmerlichster Rationierung! Mit Schaudern denkt man der derzeitigen Schußverhältnisse. Wie wird es in einer „Penne“ aussehen bei der Seifen- und Wächsenot? Speziell in den kleinen Orten?

Sollte infolge des Rohstoffmangels und noch anderer unvorhergesehener Fälle der Umstand eintreten, daß viele auf die Randstraße angewiesen sind, so wird die Frage des Unterstützungs- und Verpflegungswezens nicht zu verfrüht angeschnitten sein. Auf keinen Fall kann bis zum Eintreten dieser etwaigen Katastrophe gemartet werden. Mit einem den jetzigen Unterstützungsätzen zu gebenden Zuschlag ist es auch nicht getan. Es müßte hier auf andre Art und Weise geholfen werden.

In größeren Städten und für Ortsbezugsberechtigte wird wohl die Sache, wie schon bemerkt, durch Beihilfe der Kommune etwas zu lindern sein. Deshalb muß von allen berufenen Arbeitervertretern in den Stadtparlamenten darauf hingewirkt werden, daß, solange sich das Reich nicht dazu entschließt, die öffentliche Arbeitslosenversicherung auf die Tagesordnung gesetzt und eingeführt wird. Hier werden aber lokale Anforderungen, wie Bürger- und Heimatsberechtigung, wohl eine Rolle spielen. Mancher wird da nicht an den Bezugsberechtigten zählen. Ihm bleibt nur das Wandern übrig. (Das Verschreiben giltiert wohl für den Verfasser nicht? Red.)

Mit einem sogenannten Kriegszuschlag auf die Reiseunterstützung wäre bei den derzeitigen Verhältnissen wenig erreicht. Es muß zu diesem Zweck eine andre Richtung eingeschlagen werden. Orts- und Bezirksvereine, sowie Gau müssen hier unter Zuweisung von Mitteln aus der Verbandskasse in Tätigkeit treten. Durch Regelung der Übernachtungsverhältnisse, unter Preisfestsetzung mit dem Herbergswirt, ist dem Durchreisenden eine Schlafstätte auf Rechnung des Ortsvereins, wie in Berlin und in mehreren andern Städten, auszuhandeln, und zwar unter der Berücksichtigung: so viele Außenbalstage, so viele Schlafmarken. Für Frühstück, Mittag- und Abendbesser wäre mit einer Volks- oder Mittelständische in Unterhandlung zu treten. Die Kosten fielen zum Teil dem Bezirke zur Last.

Und nun die Kardinalfrage: die Zahlstelleneinteilung. Die von der Verbandsleitung festgelegte Zahlstelleneinteilung bliebe bestehen, doch würde eine andre Reiseroute erforderlich sein. Nämlich von der Zahlstelle — zum Ortsverein — zum Ortsverein — zur Zahlstelle. Beispiel: Von Zahlstelle Eisenach nach Zahlstelle Magdeburg. Von Eisenach nach:

Ortsverein Mühlhausen	36 km
Nordhausen	50 "
Salzschlösschen	64 "
Zahlstelle Magdeburg	42 "

Hierbei müßten folgende Reisetage- und Wanderbestimmungen zugrunde gelegt werden: Für die 192 km lange Strecke dürfen nicht zehn, sondern nur vier Reisetage gebraucht werden, und zwar werden als Tagesleistung fünf Marktschunden oder 20 km zugrunde gelegt als Leistung zu Fuß. Die übrigen fehlenden Kilometer werden mit der Bahn zurückgelegt, um an dem Abreisetage den nächsten Ortsverein zu erreichen. Beispiel: Von Zahlstelle Frankfurt a. M. nach Ortsverein Alschaffenburg = 41 km über Seligenstadt. Hier müßte bis Seligenstadt gelaufen werden (= 23 km), von dort ab wäre die Bahn zu benutzen, um den Ortsverein Alschaffenburg an demselben Tag als Verpflegungsstelle zu erreichen. Allerdings ist es hier die Erhöhung der vierten Klasse, die Bedenken erregen wird. Zu diesem Zwecke hätten die Verbands- und Gauleitungen Eingaben an die verschiedenen Verkehrsministerien zu machen, um hier den Einsparungsfaktor für Arbeitslosenkarten zu fordern. Diese Kosten der Fahrt müßte der Gau übernehmen.

Nun wären die Vorteile auf der Reise folgende: Erstens hätte der reisende Kollege die Gewähr, alle Tage ordnungsmäßige Unterkunft zu haben unter Aussicht einer hierzu eigens gewählten örtlichen Herbergskommission; zweitens ist mit der Regelung der Verproviantierung durch Volkshütchen eine Erleichterung mit den Rationierungskarten möglich und die Gewähr gegeben, nicht zu stark überfordert zu werden. Drittens ist durch die Beihilfe der Eisenbahnbenutzung in vielen Punkten ein Vorteil zu erblicken.

Nun werden wohl Stimmen über die Mehrbelastung und die finanziellen Schwierigkeiten laut werden. Zu diesem Zwecke sind eben örtliche und bezirksliche Gauvorstände zur Gründung eines Herbergsvereinsfonds zu machen und durchzuführen, wie sie zum Beispiel Wien und Budapest schon seit langer Zeit haben. Mit einem Mitgliedsbeitrag von 4 Schellern monatlich werden dort in Friedens-

zeit neben Abarntungen und Verkräftigung (Stroh und Maffags) auch noch andre Hilfsquellen (Einklebung und Schuhreparaturen durch eine sogenannte Brockenlammlung) erschlossen, die als Musterbeispiel für den ganzen Kontinent gelten.

Angenommen, es würden von jedem arbeitenden Mitgliede wöchentlich 5 Pf. Herbergsfonds gezahlt, so würden Gau, Bezirk und Ort unter Beihilfe der Verbandskasse in der Lage sein, diese Anregung durchzuführen. Stark belasteten Strecken müßte eine Erleichterung von weniger in Anspruch genommenen zuzuführen werden; es könnte das durch ein vierstündiges Ausleideverfahren geregelt werden. Auch auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes würde die Neuordnung günstig wirken, da durch schnelleres Fortkommen und nur Verbringung von Druckstäben die Gelegenheit zum Konditionsantritte bequemer ist als durch kostspieliges Nebenbeisortieren.

L. B.

L. B.

## Das Buchgewerbe im Auslande

**Österreich.** Die Frage der Tarifrevision ist nun aktuell geworden. Der Tarif läuft ab. Bis Ende Juni müßten sich die beiden Parteien erklärt haben, was werden soll: Kündigung oder Revision. „Infolge des noch nicht absehbaren Kriegsausganges“, schreibt der „Vorwärts“, wird eine Tarifrevision der einzig gangbare Weg sein. Eine ausgiebige Lohnerhöhung und entsprechende Arbeitszeitverkürzung werden die Hauptforderungen darstellen, heißt es weiter. Am 17. März hat eine große Versammlung der Wiener Kollegenchaft mit dem Vorsitzenden Wieser vom niederösterreichischen Verein als Referenten in diesem Sinne Stellung genommen. Kollege Wieser hob aber auch die für unser Gewerbe obwaltenden Schwierigkeiten hervor: Bei uns Rückgang der Arbeit, Papiernot und wucher, horrendes Verzehren aller Bedarfsartikel — in den Kriegsindustrien Hochkonjunktur. „Die schönsten Neben noch das rathallose Vorgehen“ nützen nichts gegen diese Lasten. Eine vom Kollegen Steinhardt eingereichte Resolution wurde einstimmig angenommen. Revision der wichtigsten Bestimmungen des Tarifs wird darin verlangt und weitestente Entgegenkommen der Prinzipale „mit Rücksicht auf die allgemeine Situation im Gewerbe und die seitens der Gehilfenchaft während der Dauer des Krieges gebrachten, fast unerträglich gewordenen Opfer“ erwartet. Das fünfjährige Bestehen des Vereins der Buchdrucker und Schriftgeher Oberösterreichs wurde am 24. März in Linz durch eine Festigung begangen. Vom Verbandsvorstande war der Vorsitzende Pöschel und vom niederösterreichischen Vereine Kollege Submann erschienen.

Die Übergangswirtschaft für das graphische Gewerbe ist von der Regierung in drei Gruppen vorgegeben: Tageszeitungen, Buchdruckereien, Stein-, Kupfer- und Lithdruckereien. Als Regierungskommissar ist der Vorsitzende der Prinzipalsorganisation, Herr Christoph Reiter, ernannt. Zahl Arbeitervertreter hinzugezogen werden sollen, hat noch nicht verlaute.

**Ungarn.** Zustimmung der Provinzprinzipalsorganisation hat nunmehr das in Nr. 34 besprochene neue Abkommen gefunden.

Der Herbergsverein bestand im Februar zehn Jahre. Da das „Malen“ während der Kriegszeit auch zu den vergessenen Sachen gehört, sind in Budapest an Kollegen und Soldaten Bekken zur Benutzung freigegeben und dafür rund 2000 Kr. Einnahme erzielt worden. Eine Filiale mußte wegen Hausverkaufs eingehen, es bestehn deshalb nur noch in drei Orten (außer der Hauptstadt) Filialherbergen. Der Herbergsverein hat ein Vermögen von 21634 Kr., vom Unterstützungsverein erhält er jährlich 2000 Kr. Subvention.

**Schweiz.** Ein besonderes Abkommen über kranke Nacharbeit hat sich für die romanische Schweiz notwendig gemacht, da es dort einige Setzungen gibt, an denen das Personal stets nur Nachts arbeitet, also auch keinen Schichtwechsel kennt, wie es bei den großen Blättern der Schweiz und in Deutschland üblich ist, woran abwechselungsweise Tag und Nacht gearbeitet wird. Am 21. Februar hat darüber zwischen beiderseitigen Vertretern in Genf eine Beratung stattgefunden, das Vereinbarte unterliegt aber noch der Genehmigung des Buchdrucker-einigungsamtes (Tarifamt). Maschinenleger sollen 41, die übrigen Berufs-kategorien 47 Stunden in der Woche arbeiten. Die Minimallöhne betragen für Maschinenleger in den vier Ortsklassen von 82 bis 98 Fr., für die übrigen Buchdrucker von 75 bis 81 Fr. Es ist dann noch eine Anzahl von Nebenbestimmungen getroffen worden.

Das Zentralkomitee hat eine scharfe Bekannmachung gegen die zu große Zahl der Freirexemplare des Bundesorgans erlassen. Eine Nachprüfung der Abonnentenlisten hat ergeben, daß die „Schweizerische Typographia“ monatlich an Abgeriffene, Ausgeschlossene, Militärfällige, die aus dem Dienste längst zurückgekehrt, an Verstorbenen und auch an Personen geht, die mit der Organisation in nur losem oder gar keinen Beziehungen stehen. Angesichts der Papiernot, der gestiegenen Druckkosten und der erhöhten Porto-lage soll damit entschieden gebrochen werden. Bestellungen auf Mitgliederexemplare werden nur noch berücksichtigt, wenn die von den Sektionskassieren ausgehen. Das Obligatorium hat eben verschiedene Inzuchtlichkeiten im Gefolge.

**Dänemark.** Eine Vereinbarung über Lernerzeugnisse an weibliche Arbeiter in der Stein-druckerei ist am 27. März zwischen der Prinzipals-

organisation dieses Gewerbes und dem dänischen Typographenbunde zustande gekommen, der wohl auch die Lithographen und Steinbrücker umfaßt. 35 Kr. sollen monatlich zur Auszahlung gelangen, die Anzulernenden bleiben jedoch ausgenommen. Wie bei den Vereinbarungen mit der Gehilfenchaft ist die Dauer bis Ende 1920 festgesetzt, falls nicht wesentlich günstigere Preisverhältnisse für die Lebensführung eintreten.

**Serbien.** Einen Kiferfür für die Familien der lerblichen Kollegen richtete das Zentralkomitee des Großösterreichischen Buchdruckerbundes an das des Schweizerischen Typographenbundes, das darauf in zustimmendem Sinn antwortete.

**Amerika.** Vom 1. Juli an soll als ein Teil des neuen Kriegssteuergesetzes das Setzungsporto nach dem Sondersystem berechnet werden. In der Presse wird das als unsinnig und unbillig bezeichnet, und schwerste Schädigungen für die Verlage und die Angestellten sind schon prophezeit worden. Das Porto dürfte dann in vielen Fällen mehr betragen, als das Bezugsgehalt beträgt. Es wird dringend eine Revision des neuen Gesetzes verlangt und Verstaatlichung der Papierindustrie gefordert, dann würde auch die Regierung besser zu Werke kommen.

Lohnerhöhungen im Betrage von 1 bis 6 Dollar pro Woche haben für die Mitglieder von 51 Zweigvereinen der amerikanischen Organisation im Februar durchgesetzt werden können.

Die Arbeitslosigkeit unter den deutschen Kollegen hat durch die schwere Benachteiligung der deutschen Presse bereits größeren Umfang angenommen. In der Typographia New York wurde daher beschlossen, für die Zeit vom Februar bis einschließlich Juni den Verdienst eines Tages im Monat abzugeben.

„Krieg oder kein Krieg — zum Maskenball“ — also berichtet die Typographia Philadelphia unterm 7. Februar in der „Deutsch-Amerikanischen Buchdruckerzeitung“ über ihre glänzend besuchte und verlaufene jährliche Veranstaltung. Im erhabren Deutschland, wo allenfalls noch hinter verschlossenen Türen und unter Voraussetzung recht voller Taschen des Lebens ungetriebene Freude genossen werden kann, wird man mit dem Gutenbergschädel wackeln ob solchen profanen Luns der amerikanischen Kollegen, aber die Sache hat einen besseren Hintergrund. Der nicht geringe Erlös wird nämlich zu Unterstützungswecken aller Art verwandt.

## Volkswirtschaft

### Aufschwung und Neuorientierung der Industrie.

Die Behauptung Deutschlands gegen eine Überzahl von Feinden ist nicht zuletzt eine Frucht der Höhe deutscher Fähigkeit in der Ausnutzung aller technischen und industriellen Kräfte. Dies dokumentiert sich namentlich wieder in diesem, sich ungeheurer Materialmassen gegen einander führenden Endkampfe.

So schmerzlich es ist, die gewaltigen Mittel unserer Industrie, der Technik, der Wissenschaft seit beinahe vier Jahren nur zum Zwecke der Vernichtung tätig zu sehen, dürfen wir doch nicht an der erfreulichen Tatsache vorübergehen, daß der Krieg von allergrößtem Einfluß auf die technische Industrieentwicklung bei uns geworden ist. Der Erfindungs- und Organisationsgeist, durch die wirtschaftliche Einschränkung von allen Seiten besonders angepornt, hat in der Industrie neue Methoden der Erzeugung hervorgebracht, so daß von einer guten Zukunftsaussichten eröffnenden Umwälzung und Neuordnung gesprochen werden kann.

Die industriellen Fortschritte, an denen vor allem die Eisenindustrie und die chemische Industrie partizipieren, erstrecken sich auf alle Industriezweige. Sie sind heute noch strenges Kriegsgeheimnis und müssen deshalb einer detaillierten Erörterung entbehren. Wenn wir andeuten, daß die Fortschritte der chemischen Industrie erstaunlich sind, und wir annehmen können, in Zukunft im Bau von Bearbeitungsmaschinen und Werkzeugmaschinen an erster Stelle zu stehen, so ist nicht zuviel gesagt, daß der deutschen Industrie nach dem Krieg eine Neubelebung ungeahnter Art nicht streitig zu machen ist.

Aber auch auf dem Gebiete der Schwerindustrie ist im Laufe der Zeit eine erhebliche Umwälzung zu erwarten, vor allem im Stättenwesen sowie in der Eisen- und Stahl-erzeugung. Man wird eine Dezentralisation der jetzt auf einzelne Komplexe zusammengelassenen Schwerindustrie, eine Verteilung der Eisen- und Stahlwerke über das ganze Reich erleben.

Dafür geben nicht nur militärische Rücksichten, sondern erhebliche Ersparnisse an Frachten, günstigere Arbeitsbedingungen u. a. den Ausschlag. Der bisher maßgebende Umstand, an den Orten der Gewinnung von Kohle und Erz die gewaltigen Anlagen der Schwerindustrie zu schaffen, hat sich überlebt.

Zur Erzeugung von Eisen und Stahl braucht man nämlich außer dem teuren Rohstein immer mehr Altsisen und Eisenabfälle (Schrott), dessen Heranschaffung aus den zerstreut liegenden Maschinenfabriken erhebliche Kosten verursacht. Da auch die Stahlwerke nicht mehr ausschließlich auf die teure Steinkohle angewiesen sind, sondern vornehmlich die überall erhältlichen Braunkohlen und Briketts verwenden können, ist es nicht mehr erforderlich, die gewaltigen Hochofenanlagen auf die reichen Kohlen- und Erzfelder zusammenzupressen. Die mächtigen Stahl- und Eisenwerke werden sich also ihren Schrottsorten und Abnehmern, den Maschinenfabriken, dem Handwerk und Kleinhandel räumlich nähern. Diese schon während des Krieges in die Erscheinung getretene schwer-

industrielle Dezentralisation wird noch dadurch begünstigt, daß feinkörnige und feuchte Erz, die in vielen Gegenden zu gewinnen sind, im Hochofen ebenso rentabel wie edle Erz verwendet werden können. Die immer weitergehende Anwendung des elektrischen Stromes auf die Hochofen macht diese in zweiter Linie auch unabhängig von reichen Kohlenlagern.

Das den Arbeiterinteressen sehr leber abhänge schwerindustrielle Großkapital glaubt in diesem Verteilungsprozess noch dadurch Gewinn herauszuschlagen, daß den Arbeitern die Möglichkeit von zurecht Solidarität gemindert würde und ihr ein günstigerer Arbeitsmarkt daraus erwände. Nun, darüber geben wir uns keinen Besichtigungen hin! In den technischen Fortschritten und in der Verteilung der Schwerindustrie sehen wir vielmehr die Schaffung besserer Arbeitsverhältnisse und lobnenderer Arbeitsbedingungen, ganz zu schweigen von der Herbeiführung gesünderer und menschenwürdigerer Lebensverhältnisse.

Selbstfalls hat der furchtbare Krieg der deutschen Industrie neue Wege gebahnt, unter dem Zwange der Not neue Möglichkeiten der Lösungen nähergeführt, die unter normalen Verhältnissen gewiß erst nach vielen Jahren in Erscheinung getreten wären. Einen mächtigen Aufschwung der deutschen Industrie im kommenden Frieden, wie er sich nach Lage der Dinge mit Sicherheit einstellen wird, können wir nicht nur im Interesse unserer völkischen Lebensfähigkeit, sondern auch im Interesse unseres Buchdruckerwerkes mit Freude begrüßen. Von den Daimlerpraktiken, die eine sehr frühe Nebenerleichterung bilden, wird die neue Entwicklung durch die veränderten Verhältnisse befreit sein. Kst.

## Korrespondenzen

**Östlich.** In der außerordentlichen Bezirksversammlung am 10. März gedachte der Vorsitzende Hiesler in einem ehrenden Nachruf unseres langjährigen Verbandsvorsitzenden Böhm, dessen Hinscheiden für uns die Pflicht bedeutet, weiter in seinem Geiste zu arbeiten, sowie des verstorbenen Gauvorsitzers Dreier, deren Andenken in üblicher Weise von den Anwesenden geehrt wurde. Nach einem Jahresrückblick des Vorsitzenden nahm die Versammlung Abrechnungen entgegen. Der Punkt „Tarifliches“ wurde vom Vorsitzenden erschlüssend behandelt. Besonders verwirklicht er bei dem Kapitel der Berufs-kritiken und der Bezugsfrage und zeigte an Tabellen die üblen Einwirkungen des Krieges auf unser Gewerbe. Im Interesse jedes einzelnen müßte es liegen, sich weiter zu vervollkommen, um den später gestellten Anforderungen genügen zu können. Mit dem Entwurfe des neuen Gaustatuts, der auch ein Sterbegeld beim Tode der Frau und dieserhalb eine Erhöhung des Gaubeitrages um 15 Pf. vorschlägt, erklärte man sich allgemein einverstanden. Gewünscht wurde, daß der Witwe eines verstorbenen Kollegen das Anrecht auf das Sterbegeld durch Weiterarbeiten erhalten bleibt, was der Vorsitzende aus versicherungstechnischen Gründen für unmöglich erklärte. Der Kartellbeitrag wurde auf 1 Mk. pro Mitglied und Jahr erhöht. Zum Schluß richtete der Vorsitzende noch beherausgehende Worte an die Adresse der immer fern vom Schulle wehenden Kritiker.

**Östlich.** (Fünfzigjähriges Jubiläum des Ortsvereins.) Der Ernst der Zeit und die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse verleihten geräuschvolle Feste, wie sie sonst aus ähnlichen Anlässen üblich sind. So wurde auch das fünfzigjährige Bestehen unserer „Typographia“ in schlichter, aber würdiger Weise gefeiert. Die Veranstaltung lack noch in anderer Richtung wesentlich ab von früheren Veranstaltungen. Von dem Bestreben geleitet, uns bisher fernstehenden Kreisen einen Einblick über den Aufbau und die Entwicklung einer modernen Gewerkschaft zu verschaffen, waren diesmal Einladungen an die Behörden, Korporationen usw. ergangen, denen auch entsprochen wurde. Der offizielle Festakt fand am ersten Osterfesttage, vormittags 11 Uhr, in der Aula des hiesigen Gymnasiums am Kloster-platz statt. Nach Kreuzers „Das ist der Tag des Herrn“, in bewährter Weise vom Kollegengefangene vorgelesen, und dem mit guter Betonung von einer Kollegentochter gesprochenen Prolog „Unserm Verband“ von Brezang, begrüßte der Vorsitzende Hiesler mit einem „Ganzlich willkommen“ die städtische Festversammlung, zu der außer den erwähnten Geladenen Vertreter der Gewerkschaften, Delegierte auswärtiger Brudervereine, Prinzipale der größeren hiesigen Druckereien, Vertreter der Presse und die Kollegen mit ihren Angehörigen zahlreich erschienen waren. Es folgte der Vortrag eines weiteren Liedes, worauf Kollege-Graßmann (Berlin) die Festrede hielt. Redner übermittelte eingangs die besten Glückwünsche des Verbandsvorstandes und entwarf in großen Umrißen ein Bild von der Entwicklung und den Erfolgen der Organisation, die trotz harter Kämpfe und vieler Widerstände erreicht werden konnten. Die Erfolge fanden ihren höchsten Ausdruck in der die Gleichberechtigung von Arbeitgebern wie Arbeitnehmern anerkennenden Tarifgemeinschaft. Der Vortragende wies ferner darauf hin, wie innerhalb der Organisation stets der Wohlwille Geltung habe: „Einer für alle, alle für einen“, welches große Stück Kulturarbeit der Verband mit seinen ausgebauten Unterstützungs-einrichtungen geleistet habe, wie er gegen die Schmutz- und Schleuderkonkurrenz ankämpfe und sich auch die Erfüllung von Aufgaben auf idellem Gebiet angelegen sein lasse. Beachtenswerte Worte widmete der Redner der Lehrlingsfrage. Nachdem Kollege Graßmann die Stellung der Arbeiterchaft zum und während des Krieges kurz berührt, die

Aufgaben der Gewerkschaften und der Kommunen nach dem Kriege gestreift und die Wahrheit des Wortes dargestellt hatte, daß das Wesen aller Dinge die Organisation sei, schloß der Redner seine inhaltreiche Rede mit dem Wunsch, die Organisation der Gewerkschaften mit einem freudig aufgenommenen Hoch auf den Verband, Glückwünsche übermittelten der Vertreter des Magistrats für die Stadt Götting, der Abgeordnete für die Handelskammer, ein griechischer Offizier für die hier anwesenden griechischen, Sängere der schwarzen Kunst, der in seiner Glückwunschrede u. a. hervorhob, welcher Wertschätzung deutsche Bücher, besonders wissenschaftlicher Art, sich in Griechenland erfreuen. Das Gewerkschaftsamt ließ durch den Arbeitersekretär beste Wünsche übermitteln. Weitere Glückwünsche staketen ab der Gavourischer für Schöten, der Vertreter des Ortsvereins Bauen sowie der Glogauer Bezirksvorsteher im Namen der Bezirke Beuthen, Glogau, Kirschberg, Legnitz, Neisse und Waldenburg. Der Breslauer Buchdruckergehilfenverein ließ durch einen Delegierten einen wertvollen Becher mit Widmung überreichen, während die hiesigen Zweigvereine (Graphischer Klub, Maschinenmeisterverein, Maschinenfabrikverein, Gesangsverein „Gutenberg“) eine geschmackvoll ausgeführte Ehrenurkunde mit dem Gebnisse der Kreise für die Organisation widmeten. Mit dem Gesänge „Heil Gutenberg“ und herzlichen Dankesworten des Vorsitzenden schloß die eindrucksvoll verlaufene Feiher. — Am Nachmittage des Festtags vereinigte ein Rundgang durch unser Stadt die auswärtigen Delegierten mit den Göttinger Kollegen. — Als Abschluß des Festes fand am Abend eine Familienfeier statt; der Besuch derselben war so stark, daß der große Saal des „Konzerthauses“ bis auf den letzten Platz gefüllt war. Zahlreich waren die Glückwünsche, telegraphische und briefliche, die von den verschiedenen Fronten, aus Lazarett u. von Feldgrauen Kollegen eingegangen waren und Zeugnis ablegten von der Anhänglichkeit dieser Kollegen an unsere Organisation. Ferner waren Glückwünsche eingegangen von einigen hiesigen und auswärtigen Prinzipalen. Hierbei stellte der Vorsitzende mit, daß dem Ortsvereine von Herrn Kommissionsrat Glauber, in Firma Aktiengesellschaft „Göttinger Nachrichten und Anzeiger“, der Betrag von 100 Mk. gespendet worden ist, wofür auch an dieser Stelle bestens gedankt sei. Der unterhaltende Teil bei den Besuchern reichte Abwechslung. So fand die Jubiläumssfeier einen harmonischen Abschluß. — Am zweiten Osterfesttage vormittags vereinte noch ein kleiner Frühstüppchen die auswärtigen Delegierten mit einigen hiesigen Kollegen, bei dem manche Erinnerungen angeregt wurden. — Die Druckschau, die vom Graphischen Klub angeregt und von den ausstellenden Firmen finanziert worden war, hatte guten Besuch aufzuweisen.

**5. Märzberg.** Am 24. März hielt unser Ortsverein im „Guttemperhaus“ eine Trauerfeier für Emil Böhm ab. Zu derselben waren auch die Vertreter der freien Gewerkschaften geladen. In dem mit Blumen geschmückten Saale war das mit Trauerflor umrahmte Bild des Verstorbenen aufgestellt. Die Feier wurde durch einen Trauermarsch, den Herr Musikdirektor Altmann auf dem Harmonium vortrug, eingeleitet. Sodann erklang durch die „Typographia“ Mozarts „D Schußgeißel alles Schönen“. Hierauf hielt der Vorsitzende Wittenberg die Gedächtnisrede. Mit bewegten Worten gedachte er der hervorragenden Eigenschaften des Verstorbenen als Führer unserer Organisation und der Verdienste für die übrigen Gewerkschaften. Er schloß seine Rede mit dem Gebilde, frei im Sinne des Verstorbenen weiterzuarbeiten. Daran schlossen sich noch einige getragene Chöre. Mit Dankesworten des Vorsitzenden an Musikdirektor Altmann, der auch die Leitung der Chorgesänge freundlichst übernommen hatte, die Gäste und Sängere schloß die erhabende Feier. — Nach einer Pause eröffnete der Vorsitzende die Ortsvereinsversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte er mit ehrenden Worten des verstorbenen Hamburger Gavourführers Wilhelm Dreier und eines im Felde gefallenen Kollegen. Zum Delegierten für Würzburg wurde Gavourführer Reinsler, als Stellvertreter Gavourführer Krause vorgeschlagen. Zwei Anträge: Vornahme einer Tarifrevision und Erhöhung der Rückvergütung an die Gawe auf 8 Proz., wurden nach eingehender Beratung von der Versammlung genehmigt.

□□□□□ Rundschau □□□□□

**Wichtige Tagung des Verbandes vor 50 Jahren.** Am den Oftertagen 1868 (12. bis 14. April) fand in Berlin („Engelhardt's Salon“) der zweite Buchdruckerstag statt. 43 Delegierte aus 33 Städten waren anwesend; aus manchem Gau werden Ende Mai in Würzburg weniger Vertreter erscheinen, als damals die einzelnen Vereine entsandten. Inre Organisation zählte etwas über 5000 Mitglieder. Hauptpunkte der zum Teil hitzigen Debatten — zum ersten Male wurden die Beratungen stenographisch aufgenommen — waren die Schaffung des ersten Statuts für den Verband, wozu Joseph Wolff (Dresden) einen Entwurf geliefert hatte, der eine wirkliche Zentralisation bezweckte auf der Grundlage von Ortsvereinen und Gavourverbänden und womit auch für unser jetziges Klassen- und Unterstützungsweisen der Ausgangspunkt gegeben wurde. Joseph Wolff hat sich dadurch ein bleibendes Verdienst erworben. Das Belehrlingswesen und die Sonntagsarbeit bildeten die darauf auch praktisch mit Energie verfolgten Gegenstände einer sich planmäßig entwickelnden Gewerkschaftspolitik. Eine allgemeine Belehrlingsstatistik war, wie in Nr. 39 an dieser Stelle mit einigen Zahlenauszügen gezeigt, schon vom Verband aufgenommen worden. Erwähnungswert ist noch die Anstellung des Verbandspräsidenten

Richard Härtel mit 1200 Mk. Gehalt sowie die Erklärung des „Korr.“ zum Verbandsorgan. Es war eine ebenso bedeutungsvolle wie interessante Tagung unserer Organisation, wöher in der Verbandsgeschichte die Seiten 329 bis 334 ausführlicher unterrichten. Auch das erste Verbandsstatut findet sich da abgedruckt.

**Von Buchdruckern im Kriege.** Von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation erhielt Kollege Otto Jänker (Weimar) als lechzigstes das Eisene Kreuz I. Klasse. Ferner erhielten die Auszeichnung II. Klasse: Eugen Richter (Berlin), Heinrich Bohlen (Bremen), Fritz Straube (Götting), Ernst Wegener (Gumbinnen), Arthur Bems, Bernhard Böning, C. Evers, W. Friebe, S. Koppe, B. Kaufmann, August Ködel, P. Lühmann, M. Odermann, G. Pfingsten, E. Polze, R. Schönfelder, R. Seich und Robert Selkmann (Sannover), Kurt Pommer (Leipzig), Al. Wischel (Rheinberg), Willi Schäfer und Max Wolke (Magdeburg), R. Weikens und Fr. Müller (Wilm) sowie Bernhard Meyer (Wittenberg). 5428 Verbandskollegen haben somit das Eisene Kreuz erhalten.

**Nachahmenswertes Beispiel.** In Rauen gewährt die Firma Freyhoff nochmals 10 Mk. wöchentliche Feuerungszulage.

**Gehilfenprüfungen.** Von sechs Auslernenden (sind aus Brandenburg, einer aus Raabenow), die in Brandenburg a. d. S. sich der Prüfung unterzogen, bestanden fünf mit „gut“ und „sehr gut“. Dem letzten Prüfling, aus einer kleinen Brandenburger Druckerlei stammend, deren Besitzer Nichtschmann ist, konnte nur die Zeilur „Genügend“ erteilt werden, und dies auch nur unter weitberziger Würdigung der Kriegsverhältnisse.

**Einkaufsgesellschaft deutscher Verleger.** Lauf einem Artikel in der „Zeitschrift“ ist für die Gründung einer solchen „notwendigen Kriegsorganisation“ im „Börseblatt“ für den deutschen Buchhandel“ in einer Weise Stimmung gemacht worden, die den Widerspruch von Buchdruckerseite herausfordert. Das geschieht in der „Zeitschrift“ in der Weise, daß den Verlegern die Errichtung einer wirklichen Einkaufsgesellschaft niemand verargen kann. Das Aber liegt nur in der gedachten Erweiterung, indem die Hauptfache bei dieser Gründung anscheinend auf den Kampf gegen Preisstreiberen auch dort gelegt werden soll, wo davon nicht gesprochen werden kann. Im „Börseblatt“ wird gesagt, es würden nicht nur Kriegszuschläge über die tatsächlichen Mehrkosten erhoben, sondern die Forderung der Verleger solle sogar ausgenutzt werden, um eine Erhöhung der Friedenspreise durchzuführen. Das Prinzipalsorgan führt demgegenüber an, daß von Friedenspreisen noch zu reden nicht mehr angängig sei, weil sie in allem längst und stark überholt sind. Auf Betreiben der Verlegerorganisationen wären den Verlegern die niedrigen Zuschläge abgebilligt worden. Diese Rücksicht habe den Widerspruch der andern Prinzipalsgruppen gefunden, jeht solle dafür der Dank erstattet werden durch Einführung schwarzer Listen bei der zu gründenden Einkaufsgesellschaft. Die „Zeitschrift“ sagt auch, und gewiß nicht mit Unrecht, auf den Verlagsbuchhandel treffe u. was im „Börseblatt“ vom Papierhandel gesagt werde, daß er nämlich „seine ältesten Bestände geradezu in Gold verwandelt hat“.

**Der Geschäftsgang im Papier- und im graphischen Gewerbe.** Nach dem „Reichsarbeitsblatt“ waren im Februar die Papiere, Zellstoffabriken usw. gut beschäftigt, doch ist die Herstellung von Zeitungspapier hinter dem Bedarfe zurückgeblieben. Demgemäß stand es mit der Papierlieferung schlechter. Die Buchdruckerien und Buchbindereien sind gut beschäftigt gewesen, doch war die Klage über den starken Mangel an Sacharbeitern allgemein. Über die Schriftsetzereien wird keine Veränderung gemeldet, indes auch hier von Mangel an Arbeitskräften gesprochen. Da unter den verbliebenen Schriftsetzern die Mehrzahl wohl noch in andern Berufen tätig ist, so wäre durch Gewährung von den Feuerungsüberlässen besser angepaßter Bezahlung und Zusicherung dauernder Beschäftigung der Arbeitermangel schnell zu beheben.

**Die Arbeitslosenziffern des graphischen Gewerbes im Februar 1918.** Von den graphischen Organisationen wurde dem „Reichsarbeitsblatt“ berichtet, daß die Buchdrucker im Februar keine Arbeitslosen hatten, gegen 0,1 Proz. im Januar und 0,1 Proz. im Februar 1917. Die Buchbinderei fanden mit 1,4 (Januar 1,6) Proz. am höchsten, dann folgten die Lithographen und Steindruckerei mit 0,7 (0,8) Proz. sowie die Buch- und Steindruckereibehilfsarbeiter mit 0,1 (0,4) Proz.

**Der Arbeitsmangel im Februar.** Bei den männlichen Arbeitern ging, wie das „Reichsarbeitsblatt“ berichtet, das Angebot auf 58 für 100 offene Stellen zurück (im Januar 62), bei den weiblichen von 99 auf 93. Nach den Ausweisen der Krankenkassen vom 1. März zeigte die Zahl der in Beschäftigung stehenden Mitglieder Abnahme um 7401 oder 0,1 Proz., gegen 0,5 Proz. im Januar. Während die männlichen Mitglieder Zuwachs um 3687 oder 0,1 Proz. (im Januar Abnahme um 0,1 Proz.) nachwachsen, ist bei den weiblichen ein Rückgang von 11088 eingetreten, d. h. um 0,3 Proz. (0,9 im Januar). Im Vergleich zu dem 1. März 1917 ist Verschlechterung festzustellen, denn damals ergab sich im ganzen eine Zunahme um 0,4 Proz. Nach Calwers „Arbeitsmarktkorrespondenz“ hat die Nachfrage im ganzen etwas zugenommen. In Mittel- und Nordwestdeutschland ist ein starker Rückgang des Verlangens nach männlichen Arbeitskräften eingetreten. Dagegen hat fast überall die Nachfrage nach weiblichen Arbeitern zugenommen. Die Abnahme des Angebotes führt Calwer an, die sich vermehrenden Erkrankungen unter der Arbeiterschaft zurück, besonders beim weiblichen Geschlechte, sei das eine auffallende Erscheinung. Im übrigen meht Calwer

in seiner bekannten Vorlesung für jedwede Angebundenheit, im freien Verkehr zeige sich ein völlig anderes Bild; auf Arbeitergeheude in den Zeitungen melde sich noch ein stattliches Angebot.

**Die Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden.** Im Februar waren nach den von 34 Fachverbänden dem „Reichsarbeitsblatt“ über 1126768 Mitglieder gelieferen Zahlen 9268 Arbeitslose vorhanden. Das ist ein Prozentverhältnis von 0,8, gegen 0,9 im Januar und 1,6 im Februar 1917.

**Die erste Reichstagung kaufmännischer Angestellter Deutschlands.** In Berlin veranstaltete die Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer Verbände vor kurzem in dem großen Sitzungssaale des preussischen Abgeordnetenhauses die erste gemeinsame Tagung, die sehr stark besucht gewesen ist. Unter den Anwesenden befanden sich Vertreter der Regierung, des Reichs- und des Landtags, der Militärbehörden, der Angestelltenvereiner, der Arbeitgeberverbände usw. Auf der Tagesordnung standen mehrere bedeutsame Referate. Es sprachen Richard Bräunig (Hamburg), Richard Baum (Frankfurt a. M.) und Paul Fennig (Berlin) über die Kaufmannskammern, die für den deutschen Handelsstand mit parlamentarischer Zusammenlegung gefordert wurden. Die allgemeinen Aufgaben dieser Kammern sollen u. a. sein: 1. Pflege des Wirtschaftsfriedens; 2. Wahrnehmung der gemeinsamen beruflichen und wirtschaftlichen Angelegenheiten der selbständigen und angestellten Kaufleute; 3. Mitwirkung an der Ausgestaltung der Schlichtungsmaßnahmen für kaufmännische Streitigkeiten und Überwachung dieser Bestimmungen. Das Wahlalter soll für beide Geschlechter mit 21 Jahren erreicht sein, während die Wählbarkeit mit Vollendung des 25. Jahres gedacht ist, und zwar nach dem System der Verhältniswahl. Nachdem Henry Schaper (Hamburg) und Albert Kammler eingehende Vorträge gehalten, gelangte eine Resolution zur Annahme, die die gesetzliche Regelung der Wiedererteilung der zur Kriegsdienstleistung einberufenen Handlungsgehilfen als Notwendigkeit hinführt. Die Ehrenpflicht in dem Punkte, die von den Arbeitgebern bislang stets als selbstverständlich bezeichnet worden ist, genüge allein nicht, weil sie nur eine Bindung für den Inhaber, der sich ausdrücklich zu ihr bekannt hat. Das Reichswirtschaftsamt dürfe sich durch schöne Worte nicht irreführen lassen, sondern müsse deshalb gesetzgeberisch vorgehen, wie es die Angestellten bringen möchten. Der letzte Punkt der Tagesordnung behandelte die Gehaltsfrage, die während des Krieges sogar schon zu größeren Gehaltsbewegungen im Reich geführt hat. Als Redner traten Wilhelm Beckmann (Leipzig) und Wilhelm Jadar (Berlin) auf. In einer angenehmen Entschließung kam nach den Vorträgen zum Ausdruck, daß als Grundlage für eine Gehaltsreform die durch Feuerungszulagen zu ergänzenden Mindestgehaltssätze der Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer Verbände zu gelten hätten. Der Widerstand vieler Arbeitgeberorganisationen gegen Mindestgehälter müsse überwunden werden. Jeder Angestellte dürfe nur dort Arbeit annehmen, wo die Mindestgehälter zur Zahlung kämen. Nur durch Selbsthilfe sei es möglich, bessere und angemessenere Gehälter zu erzielen. Der Ton der Verhandlungen erklingt recht frisch. Es bleibt zu wünschen, daß die Angestellten immer mehr auf die gewerkschaftlichen Mittel zukommen, mit denen sie allein bessere Löhne erlangen können. Die Arbeiterschaft hat alle Ursache, dieser erwachenden Bewegung lebhaftes Interesse zu schenken.

**Enklaffung des 1868er Jahrganges aus dem Meer.** Im „Armeeverordnungsblatt“ ist nunmehr bekannt gegeben, daß bis zum 30. April die im Jahre 1868 geborenen Landsturmlente zu entlassen sind, wenn sie nicht freiwillig im Dienste verbleiben wollen. Bekanntlich geht das im Reichstag ausgesprochene Verlangen auch auf Enklaffung des 1870er Jahrganges. Es waren bisher für die beiden ältesten Jahrgangsklassen wohl Verprechungen gegeben, die jedoch unbefristet lieferten. Nun ist wenigstens etwas Bestimmtes geschaffen worden. In dem Augenblicke, wo England als letzte Anstrengung die Militärsicht bis zum 50. Lebensjahr ausdehnt, hat dieser Schritt der deutschen Heeresleitung auch symptomatische Bedeutung. Die „Kriegszeitung der 4. Armee“ bringt das in ihrer Nummer vom 7. April durch eine hübsche bildliche Gegenüberstellung zum Ausdruck.

**10 Milliarden Mark Familienunterstützung.** Die vom Reich an die Familien der zum Seeresdienst Eingezogenen gewährten Unterstützungen haben nun die angegebene Summe erreicht. Diese Leistung wird ja durch die kommunalen Zuschüsse noch wesentlich erhöht, immerhin ist der Abfluß der Kriegsanleihen für diesen wichtigsten Zweig der Kriegsunterstützungen zu gering. Bei weniger Daimerei könnte viel mehr geliehen.

**Familienunterstützung von Arbeitsgeheude als Wohlfahrtsmaßnahme.** Immer wieder lauten Bestrebungen auf, in dieser Weise unterstützte Arbeiter an den Betrieb zu binden, von dem ihre Familien während der Einberufung freiwillig unterstützt werden. Auf zwei oder drei Jahre sollen sich Unterstützte verpflichten, nach der Rückkehr aus dem Feld oder Seere zu ortsüblichen oder tariflichen Löhnen bei der betreffenden Firma weiter zu arbeiten, andernfalls Rückzahlung der gewährten Unterstützung in monatlichen Raten zu erfolgen hat, wohl gar mit 3 oder 5 Proz. Verzinsung. Die jedochmalen operierenden Unternehmer geben ihrerseits jedoch keine Verpflichtung zur Wiedererteilung ein, behalten sich auch Lösung des Arbeitsverhältnisses vor. Es wäre natürlich zu verurteilen, wenn Arbeiter und Angestellte, deren Familien lange Zeit unterstützt worden sind, sich dafür in der Weise erkenntlich zeigen wollten, daß sie nicht zu ihrer Firma zurückkehren. Wenn die Wiedererteilung nach

